

Stellungnahme des VCI

Koalitionsantrag

„Marktwirtschaftliche Industriepolitik“

Zusammenfassung:

Die Regierungskoalition hat mit ihrem Antrag „Marktwirtschaftliche Industriepolitik“ Rechenschaft über ihre bisherigen industriepolitischen Maßnahmen abgelegt und einen Ausblick auf kommende Schritte gegeben. Der VCI nimmt zum Antrag wie folgt Stellung:

1. Die deutsche Industrie ist wettbewerbsfähig, sichert und schafft hochwertige Arbeitsplätze, ist innovativ und unverzichtbar für die nachhaltige Weiterentwicklung des Industrielandes Deutschland.
2. Eine nachhaltige Industriepolitik setzt an den Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Aktivität an.
3. Deutschland kann seine hohe Wettbewerbsfähigkeit nur durch Innovationen erhalten. Hierzu sind mehr öffentliche Investitionen in Wissenschaft und Forschung sowie technologieoffene Anreize ebenso unabdingbar wie kreative Freiräume und gesellschaftliche Offenheit gegenüber Neuerungen.
4. Das Industrieland Deutschland benötigt mehr Investitionen in die Infrastruktur durch die öffentliche Hand und bessere Investitionsbedingungen für private Unternehmen.
5. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der technischen Entwicklung muss rechtzeitig Vorsorge für den zukünftigen Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern getroffen werden. Hierzu müssen Potenziale im In- und Ausland gehoben werden.
6. Die Energiewende muss zum Erfolg geführt werden. Eine Energiepolitik, die eine wettbewerbsfähige Industrie im Blick hat, muss den Rahmen durch abgestimmten Einsatz der richtigen Instrumente so setzen, dass landesweit kurz- und langfristig für eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen gesorgt ist.
7. Viele Rohstoffe drohen in Zukunft aus natürlichen und politischen Gründen knapper zu werden. Um die Rohstoffversorgung sicherzustellen, ist eine an verschiedenen Stellschrauben ansetzende Rohstoffstrategie nötig.
8. Beim Umwelt- und Klimaschutz ist eine nachhaltige Instrumentenwahl erforderlich, die neben ökologischen Zielen auch soziale und wirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigt. Dies gilt in Deutschland und in der EU.
9. Die Export- und Importnation Deutschland braucht offene Märkte mit Chancengleichheit. Protektionismus und Subventionswettläufe sind nicht nachhaltig und müssen in die Schranken gewiesen werden.

10. Deutschland weist eine relativ hohe und kostenträchtige Regelungsdichte auf, die der Überprüfung bedarf. Bestehende Bürokratie muss zurückgefahren, neue Regelungen müssen effizient ausgestaltet werden – in Deutschland und in Europa.

11. Damit diese Stellschrauben ineinander greifen, braucht Deutschland ein ressortübergreifendes industriepolitisches Konzept und eine bessere industriepolitische Koordinierung.

Eine Bewertung der einzelnen Koalitions-Aktivitäten und Vorschläge findet sich im Anhang.

Hintergrund

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben am 07. Februar 2012 den Koalitionsantrag „Marktwirtschaftliche Industriepolitik für Deutschland – Integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft“ vorgelegt, der im Rahmen einer industriepolitischen Debatte im Plenum am 09. Februar angenommen wurde.

Der Antrag legt die Bedeutung der Industrie dar, fasst bisher in dieser Legislaturperiode eingeleitete Maßnahmen zusammen und fordert Bausteine einer industriepolitischen Agenda für die weitere Legislaturperiode. Die industriepolitischen Handlungsfelder werden von der Koalition unterteilt in:

- Qualifikation und Fähigkeiten
- Technologien und Innovation
- Kosteneffizienter und effektiver Umwelt- und Klimaschutz
- Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung
- Offene und effiziente Märkte

Die Koalition antwortet mit diesem Antrag auf die industriepolitischen Positionen von SPD und den Bündnis 90/ Die Grünen. Sie greift damit erstmals im Bundestag das Thema Industriepolitik auf.

In dem Antrag wird die Position der Industrie als „eine der tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft“, ihre Innovationskraft und ihre Zukunftsfähigkeit im Klima- und Umweltbereich ausdrücklich gewürdigt. Er enthält aus Sicht der chemischen Industrie viele begrüßenswerte Forderungen, etwa die einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung, dem Bekenntnis zur Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland sowie einer klaren Unterstützung sozialer Marktwirtschaft.

Im Folgenden soll nach einer Gesamtbewertung näher auf die einzelnen Handlungsfelder aus Sicht des VCI eingegangen werden.

Gesamtbewertung

Der Koalitionsantrag erkennt die große Bedeutung der Industrie aus Sicht des VCI zu Recht an: Die Industrie ist exportstark, international wettbewerbsfähig, innovativ, schafft Arbeitsplätze und ist Motor für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei wird die bedeutende Rolle der gesamten Industrie einschließlich der Grundstoffindustrien gewürdigt. Auch die Zielsetzung der Regierung, Wertschöpfungsketten in Deutschland halten zu wollen, unterstützt der VCI.

Die ordnungspolitische, marktwirtschaftliche Ausrichtung der Koalition ist richtig. Die Koalition setzt zu Recht auf Wettbewerb als Entdeckungsverfahren bei klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen. Der Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit liegt zunächst in der Hand der Unternehmen selbst, hierfür benötigen sie die erforderlichen unternehmerischen Freiräume. Allerdings darf diese Haltung kein laissez-faire implizieren - die Setzung richtiger Rahmenbedingungen für eine starke, wettbewerbsfähige, innovative und nachhaltige Industrie hat von Seiten der Politik zu erfolgen.

Der Antrag stellt im Wesentlichen eine Gesamtschau aller bisherigen und künftig angedachten punktuellen Maßnahmen im Bereich Industriepolitik dar. Es wird deutlich, dass ein übergreifendes Konzept fehlt. Der VCI teilt zwar viele der industriepolitischen Forderungen des Antrags. Es bedarf aber endlich einer konsequenten und koordinierten Umsetzung. Der Antrag liefert hierzu keine Ideen, und so ergeben sich an vielen Punkten offene Baustellen: Beim EEG fehlt z.B. immer noch Planungssicherheit hinsichtlich der Entlastung für energieintensive Industrien. Auch Liberalisierungserfolge im Welthandel wurden kaum erzielt. Zudem wird verschwiegen, dass verschiedene Vorhaben im bisherigen Verlauf der Legislaturperiode die Bedingungen für die Industrie erschweren, insbesondere die hastig eingeleitete Energiewende. Besonders bedauerlich ist, dass die Notwendigkeit einer verbesserten industriepolitischen Koordinierung über die Ressorts hinweg, deren Fehlen aktuell gerade im Feld der Energiepolitik deutlich zu Tage tritt, bei den Forderungen der Koalitionsfraktionen an die eigene Regierung keine Berücksichtigung findet.

Zu den einzelnen Handlungsfeldern nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Qualifikation und Fähigkeiten

Der VCI begrüßt, dass die Koalition ein Fachkräftekonzept vorgelegt und die Fachkräfte-Offensive begonnen hat. Die Chemie als Hochtechnologiebranche ist besonders auf Spitzenkräfte in MINT-Berufen angewiesen, die aufgrund der hohen internationalen Verflechtung der Branche oft auch aus dem Ausland stammen. In diesem Zusammenhang sind auch die von der Koalition beschlossene verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen und die Erleichterung der Zuwanderung von Qualifizierten aus Drittstaaten wichtig.

Konsequent verfolgt werden sollten aus Sicht des VCI weiterhin Maßnahmen, um Frauen und Jugendliche für MINT-Berufe zu gewinnen. Auf EU- Ebene sollte die Bundesregierung bei der Überarbeitung der EU-Regeln für eine Berufsanerkennung den Schwerpunkt auf einfachere und transparentere Verfahren legen.

2. Technologien, Innovation und Investitionen

Die Koalition stellt in Ihrem Antrag dar, dass sie in dieser Legislatur 12 Mrd. € zusätzlich für Bildung und Forschung bereitgestellt hat. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Allerdings wird zum Beispiel das Ziel, einen angemessenen Beitrag der öffentlichen Hand dazu zu leisten, dass 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, weiterhin deutlich verfehlt. Der VCI sieht insbesondere die Hightech-Strategie 2020, die Schaffung des Hightech-Gründerfonds und den Ausbau der Energieforschung, aber auch die Gründung der „Nationalen Plattform Elektromobilität“ als branchenübergreifenden Koordinierungsrahmen zur Förderung dieser Technik positiv.

Der VCI teilt die Einschätzung der Regierungskoalition, dass in Zukunft die „Technologie- und Systemführerschaft der heimischen Wirtschaft“ nur dann behauptet werden kann, wenn die Forschung Priorität in der Budgetplanung erhält. Vordringlich ist der Einstieg in die steuerliche Forschungsförderung – dieser sollte in dieser Legislaturperiode unbedingt noch für alle Unternehmen begonnen werden. Da sich die Finanzierung der Einführung mittelfristig selbst trägt, sollte die Koalition ihre haushaltspolitisch motivierten Bedenken an dieser Stelle zurückstellen.

Auch die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie 2020, Verbesserungen am Wagniskapitalmarkt für Unternehmensneugründungen sowie der Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur können wichtige Wachstumsimpulse auslösen.

3. Kosteneffizienter und effektiver Umwelt- und Klimaschutz

Der VCI unterstützt nachdrücklich das Ziel der Koalition, Umwelt- und Klimaschutz mit effizienten Maßnahmen ohne Benachteiligung der heimischen Wirtschaft umsetzen zu wollen. Wir begrüßen die Haltung der Koalition, REACH ohne eine grundlegende Überarbeitung des Anwendungsbereichs zu überprüfen sowie die europäische Industrieemissionsrichtlinie 1:1 in nationales Recht zu übernehmen.

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, Klimaschutz eine globale Herausforderung. Nationale klimapolitische Alleingänge sind bestenfalls ineffektiv und drohen, der Wirtschaft im internationalen Wettbewerb Schaden zuzufügen. Leider beharrt die Koalition in ihrem Antrag auf ihren außerordentlich ambitionierten nationalen Klimaschutzziele. Andererseits unterstützt der VCI das Ziel der Koalition, ein globales Klimaschutzabkommen durchzusetzen. Solange die Lasten global nicht gerecht verteilt sind, ist es, um Carbon Leakage zu vermeiden, aus unserer Sicht zudem dringend erforderlich, indirekte Effekte durch Strompreiserhöhungen, die durch den Emissionshandel entstehen, zu kompensieren.

4. Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung

Da die Chemieindustrie als energieintensive Industrie maßgeblich die Produkte mitentwickelt, die wesentlich für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende sind, kommt es entscheidend darauf an, die guten Produktionsbedingungen für unsere Industrie in Deutschland zu erhalten. So gilt es einerseits, das Netzausbaubeschleunigungsgesetz sowie die Förderinitiative Energiespeicher zügig voranzutreiben. Auch das Konzept für ein „Zielnetz 2050“ gilt es dringend zu entwickeln. Um durch die Energiewende keine Wettbewerbsnachteile für die deutsche Industrie entstehen zu lassen, ist aus VCI-Sicht darüber hinaus das Ziel der Koalition

wichtig, die EEG-Umlage nicht über 3,5 Cent steigen zu lassen. Allerdings bleibt vollkommen unklar, wie dieses Ziel bei weiterem Ausbau der Erneuerbaren Energien erreicht werden soll. Wir pflichten dem Ziel der Koalitionsfraktionen bei, dass für die Nachfolgeregelung des Spitzenausgleichs schnell eine unbürokratische Lösung gefunden werden sollte. Hierzu müssen aber gerade in Brüssel die richtigen Weichen gestellt werden.

Im Zuge einer langfristigen Strategie zur Sicherung der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie, ist der Aufbau der deutschen Rohstoffagentur (DERA), den die Koalition politisch flankiert, ein richtiger Schritt. Die Bundesregierung sollte ihr Vorhaben umsetzen, verstärkt Rohstoffpartnerschaften mit geeigneten Zielländern zu schließen. Wir begrüßen, dass die Initiativen der Regierung weitgehend auf Zwangsmaßnahmen und Quoten verzichten.

5. Offene und effiziente Märkte

Deutschland ist der weltgrößte Chemieexporteur und daher auf offene Märkte angewiesen. Die Koalition hat im Rahmen ihrer Außenwirtschaftsoffensive Genehmigungsverfahren in der Exportkontrolle sowie die Hermes-Verfahren erleichtert.

Allerdings bleibt zur Schaffung weltweit offener und effizienter Märkte noch sehr viel zu tun. Über die WTO und bilaterale Abkommen müssen Handelshemmnisse weiter abgebaut werden. Vor dem Hintergrund geringer Erfolgsaussichten für die Doha-Runde fehlt aber die explizite Aufnahme von Freihandelsgesprächen auch mit den USA und Japan.

Im Zuge der Rohstoffversorgung müssen Marktverzerrungen auf den Rohstoffmärkten weiter abgebaut werden. Hier braucht die Koalition endlich im Verein mit ihren europäischen Partnern und ihren Verbündeten eine klare Strategie.

Effizientere Märkte zeichnen sich durch geringe Bürokratie aus. Die bisherigen Ziele weiter umsetzen ist richtig und notwendig. Wir dürfen aber bei den bisherigen Abbauzielen nicht stehenbleiben - es fehlt das Ziel, auch den Erfüllungsaufwand beim Bürokratieabbau abzubauen zu wollen. Die Antragsteller wollen den Bürokratieabbau zudem auch auf neue Vorgaben aus Brüssel übertragen. Auch dies ist ein wichtiges Ziel. Der VCI hält es aber zur Erreichung dieses Zieles für zielführend, wenn Belastungen durch neue Regelungen über einen Wettbewerbsfähigkeitscheck von unabhängiger Seite gering gehalten wird, statt allein Bürokratiekosten über Folgenabschätzungen zu reduzieren.

Ihr Ansprechpartner im VCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt

Dr. Matthias Blum
Europabüro Brüssel

+49 (69) 2556-1415
mblum@vci.de